ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Klingemann, Hans-Dieter

Article — Digitized Version

Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung: die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich

Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft. Mit Sonderheften

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1973) : Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung: die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft. Mit Sonderheften, ISSN 0032-3470, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Vol. 14, Iss. 2, pp. 227-256

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112440

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

ISSUE-KOMPETENZ UND WAHLENTSCHEIDUNG

Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich

Von Hans D. Klingemann

»Clarifying the nature and extent of popular influence in government will require a knowledge of more than what is in the voter's mind. But all theories of democracy must contain propositions about the public's response to the actions of government and the proposed actions of those who contend for electoral support.«

Donald E. Stokes
International Encyclopedia
of the Social Sciences,
Vol. 16, New York–London 1968, S. 394.

Problemstellung

In diesem Beitrag soll die Beziehung zwischen der individuellen Parteipräferenz und der Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen untersucht werden. Unsere spezielle Aufmerksamkeit wird dabei der Frage gelten, welche Bedeutung ausgewählten politischen Problemen zugerechnet wird und welche politischen Parteien nach dem Urteil der Bürger am besten mit diesen Problemen fertig werden können, eine Eigenschaft der Parteien, die wir Issue-Kompetenz nennen wollen [1]. Um entscheiden zu können, ob und wie sich die Issue-Bedeutung und die Issue-Kompetenz der politischen Parteien in der Perzeption der Wähler verändert, werden die Ergebnisse im Zeitvergleich dargestellt.

Theoretische Orientierung

Den Begriff »Politisches Problem« wollen wir – wie bereits angedeutet – analog dem Begriff »political issue«« verwenden, der in der einschlägigen amerikanischen Literatur gängig ist. Der Begriff wird meist sehr breit definiert und wenig differenziert, was nicht eben zur Eindeutigkeit des Konzepts beigetragen hat. Da wir hier keine Literaturdiskussion führen möchten, sondern in erster Linie einen empirischen Beitrag leisten wollen, seien dafür nur zwei Beispiele angeführt. B. R. Berelson et al. beschreiben in ihrer Definition den alltäglichen Sprachgebrauch, wenn sie unter »issues« verstehen wollen: »... statements that allege differences between the contending parties or candidates with reference to such matters as domestic and international politics, the nature of a party's support, or the capabilities of the nominees« [2]. Auch A. Campbell et al. setzen »political issues« lediglich gleich mit »... questions of public policy ...«, eine Definition, die der von Berelson et al. in ihrer Allgemeinheit nicht nachsteht [3]. Dennoch liefern gerade diese beiden Arbeiten Anregungen im Hinblick auf eine weitere, für die empirische Forschung fruchtbare Differenzierung des Konzepts. Im Falle von »voting«

denken wir dabei weniger an die Unterscheidung von materiellen oder interessenbezogenen issues und ideellen oder stilbezogenen issues, als an die Charakterisierung von issues nach ihrer »life history« [4]. Diese Unterscheidung stellt darauf ab, ob issues als bereits entschieden gelten können (issues past the gateway or decision phase), ob sie sich gerade im Entscheidungsprozeß befinden (issues in the gateway, being decided at the time) oder ob sie die Schwelle zur allgemeinen öffentlichen Diskussion noch nicht überschritten haben (issues not yet in the gateway or decision phase). Die Diskussion im »American Voter« ist hilfreich, weil sie die Bedingungen klarstellt, die gegeben sein müssen, wenn man eine Beeinflussung der Parteipräferenz von Ego durch die Einstellung zu politischen Problemen annehmen will. Die folgenden drei Bedingungen werden angegeben: (1) Das politische Problem muß von Ego wahrgenommen werden (issue familiarity); (2) das politische Problem muß von Ego als bedeutsam empfunden werden (intensity of issue opinion); (3) das politische Problem muß von Ego mit den politischen Parteien in Verbindung gebracht werden (issue positions of parties) [5]. Damit sind notwendige Dimensionen jeder Analyse der Beziehungen zwischen der Einstellung zu politischen Problemen und individueller Parteipräferenz klassisch beschrieben. Dennoch hatten die Untersuchungen, für die die beiden angeführten Arbeiten paradigmatisch stehen, einen entscheidenden Mangel: sie interpretierten den Begriff des »political issue« in einer Weise, die für die Analyse der Einstellungen professioneller Politiker, nicht aber für die Analyse der Einstellungen von Durchschnittsbürgern angemessen war. Wir halten es für das Verdienst von D. E. Stokes, durch eine Differenzierung des issue-Konzepts der Forschung eine realistischere Perspektive eröffnet zu haben. An dieser Stelle können nicht alle relevanten Arbeiten von Stokes diskutiert werden [6]. Um sein Konzept, auf das auch wir uns stützen wollen, deutlich zu machen, reicht es aus, auf die mit D. Butler gemeinsam unternommene Forschung »Political Change in Britain« beispielhaft einzugehen [7].

Butler und Stokes gehen in ihrer Analyse im Hinblick auf den Einfluß von issues von der bereits im »American Voter« beschriebenen Dreiecksbeziehung aus, nach der Ego einen Bezug zum issue entwickeln und eine Verbindung zwischen dem issue und politischen Parteien sehen muß, ehe das in Frage stehende politische Problem auf Egos Parteipräferenz einwirken kann [8].

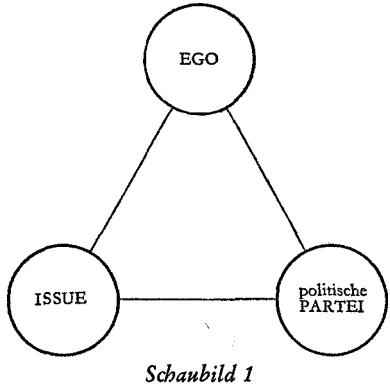

Schaubild 1

Sie betrachten dann, und das ist wesentlich, politische issues aus zwei verschiedenen Blickwinkeln. Sie unterscheiden »policy defined issues« »... that are defined in terms of alternative course of government action ...« und »goal or value defined issues« »... that are defined more in terms of goals or values that government may achieve« [9]. Damit wird die Art, wie man ein politisches Problem sehen und diskutieren kann, zum eigentlichen Unterscheidungskriterium gemacht. Der »policy defined issue« entspricht dabei eher der Betrachtungsweise des professionellen Politikers, der »goal or value defined issue« eher der Betrachtungsweise des Bürgers, für den Politik nur ein Spezialbereich unter vielen ist, mit denen er sich in seiner alltäglichen Umwelt auseinanderzusetzen hat [10]. Werden issues unter dem Aspekt »policy defined« betrachtet, so gelten die aus vielen Forschungsberichten bekannten »klassischen« Thesen. Danach hat dem Einfluß eines issue auf die Parteipräferenz Egos eine Analyse von Ziel-Mittel Relationen und eine Bewertung der Positionen der Parteien im Hinblick auf die bevorzugte Ziel-Mittel Kombination durch Ego vorauszugehen. Auch Butler und Stokes replizieren für »policy defined issues« die aus den bisherigen Analysen vertrauten Ergebnisse: der Bürger kennt die möglichen Alternativen politischen Handelns kaum, er kann die zur Erreichung politischer Ziele dienlichen Mittel gewöhnlich nicht wägen und sie mit den programmatischen Aussagen der politischen Parteien verbinden; seine Vorstellungswelt, das politische Segment seines »belief systems«, zeichnet sich durch einen geringen Grad funktionaler Interdependenz zwischen den Ideen-Elementen aus [11]. Kurz, auch hier wird wieder bestätigt, daß der gemeine Mann kein professioneller Politiker ist.

Der Sachverhalt wird gewöhnlich bedauert, da er dem Bild des idealen Staatsbürgers klassischer Demokratietheorien nicht entspricht. Man hat sich angewöhnt, dies dem mangelnden politischen Interesse des Bürgers und seinen intellektuellen Fähigkeiten voll zur Last zu legen und den Systemaspekt dabei zu vergessen. Da wir dies für eine Schwäche der bisherigen Forschung halten, sei hierzu ein kleiner Exkurs gestattet. V. O. Key, jr., hat in diesem Zusammenhang mit Leidenschaft argumentiert, daß es auch auf die Bereitschaft der politischen Akteure ankommt, Konflikte eindeutig zu artikulieren, und er hat Dauer, Intensität und Sichtbarkeit der Auseinandersetzung zwischen den Parteien als Variablen definiert, die neben den Individualmerkmalen des Bürgers dessen Einstellungsbild prägen: »Even the most discriminating popular judgement can reflect only ambiguity, uncertainty, or even foolishness if those are the qualities of the input into the echo chamber.... If people can choose only from rascals, they are certain to choose a rascal« [12]. Und er weist auch darauf hin, daß die Bereitschaft der politischen Akteure, politische Probleme öffentlich zu diskutieren, davon abhängt, welches Bild sich Politiker vom Bürger machen: »If politicians perceive the electorate as responsive to father images, they will give it father images. If they see voters most certainly responsive to nonsense, they will give them nonsense. If they see voters as susceptible to delusion, they will delude them. If they see an electorate receptive to the cold, hard realities, they will give it the cold, hard realities« [13]. Wir teilen den moralischen impetus dieser Kritik und sind von der Nützlichkeit des Systembezugs überzeugt, müssen aber gleichzeitig mit Bedauern feststellen, daß wir diesen Aspekt bei der gegebenen Datenlage auch bei unserer Analyse nicht berücksichtigen können.

Die Ergebnisse, die in bezug auf »policy defined issues« ermittelt wurden, treffen für

»goal or value defined issues« indes nicht zu. Im Falle der wertbezogenen politischen Probleme gilt die Aufmerksamkeit nicht länger der Abwägung von Ziel-Mittel Relationen, sondern der Bewertung politischer Zielvorstellungen und der Beurteilung von Konsequenzen politischen Handelns. Diese Verschiebung des Fokus reduziert die Komplexität von Politik auf Sachverhalte, die für den Durchschnittsbürger überschaubarer und direkter erfahrbar sind.

Ein Beispiel soll die Unterschiede in der Betrachtungsweise verdeutlichen. Preisstabilität als politische Zielvorstellungen zu bewerten, bietet den meisten Mitbürgern keine Schwierigkeiten. Die Konsequenzen des politischen Handelns im Hinblick auf dieses Ziel werden von den meisten Bürgern in der alltäglichen Situation erfahren; ein Urteil über die Qualität der Veränderung der Lage kann also auf die unmittelbare Anschauung bezogen werden. Die Frage allerdings, mit welchen Mitteln dieses Ziel am besten zu erreichen ist, ist eine Frage, die selbst für professionelle Politiker nicht besonders einfach zu entscheiden ist.

Versteht man »issues« nicht nur als »policy defined«, sondern auch als »goal or value defined«, so ergibt sich ein anderer Rang des Einflusses der issue-Orientierung auf die politische Entscheidung des Wählers. Butler und Stokes demonstrieren dies eindringlich am Beispiel der »economy as an issue« [14].

Indem sie ein altes Thema der politischen Wissenschaft wiederaufnehmen und diskutieren, treffen Butler und Stokes eine weitere Unterscheidung: sie trennen »position issues« von »valence issues« [15]. Definitionskriterium für »position issues« und »valence issues« ist die Verteilung der Einstellungen zu politischen Problemen im gesamten Elektorat. Nicht das Individuum, das Aggregat ist hier Bezugspunkt. Sie stellen fest: »Many issues present alternative policies or conditions whose value is a matter of disagreement in the country. ... but other issues ... involve a virtual consensus in the electorate, and indeed among the parties as well, on the values entailed by different alternatives. ... Such a distinction between position issues, on which the parties may appeal to rival bodies of opinion, and valence issues, on which there is essentially one body of opinion on values or goals, is too often neglected in political commentary« [16].

Auch diese Unterscheidung halten wir für wichtig für die Analyse der Auswirkungen von issues, möchten aber darauf hinweisen, daß sie von den Autoren wenig systematisch auf die generelle Unterscheidung zwischen »policy defined issues« und »value or goal defined issues« bezogen wurde. In unserer hier vorgelegten empirischen Analyse werden wir uns auf die Untersuchung von »valence issues« beschränken, der Klasse wertbezogener politischer Probleme also, die, was die Zielvorstellung angeht, nicht mehr umstritten sind.

Notwendige Voraussetzung für eine Beeinflussung der Parteipräferenz durch die issue-Orientierung ist, daß Ego eine Beziehung zwischen issue und politischen Parteien herstellen kann. Es ist eine offene Frage, welche Mechanismen eine solche Verknüpfung steuern. Determiniert die Parteipräferenz die Art der Verknüpfung zwischen politischen Problemen oder ist es umgekehrt? An welche Realität ist das Urteil Egos gebunden? Zunächst einmal ist es schwierig, die »Richtigkeit« einer solchen Verknüpfung objektiv zu beurteilen. Dies gilt auch für »policy defined issues« und »position issues«. Nicht in allen Fällen sind die Alternativen klar definiert, haben die politischen Parteien

Stellung bezogen. Berelson et al. beschreiben den »Normalzustand« so: »The world of political reality, even as it involves a presidential campaign and election, is by no means simple and narrow. Nor is it crystal-clear« [17]. Innerhalb der nationalen Führungsspitze von Parteien oder zwischen nationaler Führungsspitze und regionaler Basis kann es unterschiedliche Ansichten über ein politisches Problem geben, oder die Interessenlage von Parteien kann bewußt unklare Stellungnahmen oder Teilmarktstrategien nahelegen.

Im Falle der »valence issues« ist die Situation noch schwieriger zu beurteilen. Da, definitionsgemäß, die politischen Akteure die gleiche Position beziehen müssen, wird es entscheidend darauf ankommen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß das Ziel, um das es geht, daß die Veränderung der Situation auf einem bestimmten Gebiet zum Positiven, durch die Partei A eher erreicht wird als durch die Partei B. Daß dies keine Frage der Public Relations Technik allein ist, haben alle Parteien schmerzlich erfahren müssen. Daß das Problem von der Bevölkerung nicht nach sorgfältiger Analyse entschieden wird, zeigen die empirischen Untersuchungen. Viel spricht dafür, daß durch eine Art »post hoc, ergo propter hoc«-Argument eine Verbindung zwischen der jeweils regierenden Partei oder Parteienkoalition und der auf bestimmten Gebieten jeweils herrschenden Lage hergestellt wird. Das klassische Beispiel, bezogen auf den amerikanischen Kontext, ist die Verbindung der Demokratischen Partei mit Kriegssituationen: »When the Democrats are in we have war« [18]. Daß solche Verknüpfungen von der betroffenen Partei nicht unwidersprochen bleiben, verkompliziert die Lage allerdings. Aber bis zu welchem Grade sind Wähler bereit zu glauben, daß alles Schlechte nur das Erbe der verfehlten Politik der anderen Partei ist? Welche Rolle spielen die Massenmedien in diesem Prozeß? Hier werden mehr Fragen aufgeworfen, als heute schlüssig beantwortet werden können. Die wenigen Ansätze, die wir kennen, lassen allerdings keinen Zweifel darüber, daß dies ein Schwerpunkt zukünftiger Forschung sein wird [19].

Die Definition des »value or goal defined issue« und das Konzept des »party image« hängen, das wird an diesem Punkt deutlich, eng miteinander zusammen. Wir wollen in der Wahl des Abgrenzungskriteriums wieder Butler und Stokes folgen, die ausführen: »Indeed, once issues are conceived more broadly than in terms solely of competing policies we move into realms of attitude and belief that are frequently associated with the concept of image . . . If a distinction is to be enforced it seems to us most natural that it would be drawn in terms of whether at least a vaguely defined class of potential outputs of government is involved« [20].

Wenn die Merkmale durch die Ego eine Partei beschreibt bestimmten Klassen von »policy outputs« zugerechnet werden können, wird issue-Orientierung im oben angeführten Sinne angenommen. Nicht mehr unter diese Definition von issues würde eine Kennzeichnung von Parteien durch »intrinsic values« fallen (verläßlich, vertrauenswürdig o. ä.).

In Analogie zu den Voraussetzungen, die für einen Einfluß von issues auf die individuelle Wahlentscheidung gegeben sein müssen, spezifizieren Butler und Stokes dann die strukturellen Voraussetzungen für einen Einfluß von issues auf das Wahlergebnis als Ganzes. Wir wollen auch diese Bedingungen abschließend noch kurz skizzieren. Durch die Kombination der Merkmale (1) Größe des »issue publics« (degree of attitude for-

mation), (2) Art der Verteilung der Einstellungen zum politischen Problem (distribution of opinion) und (3) Art der Verteilung der Verknüpfung des politischen Problems mit den politischen Parteien (differentiation of parties) wird unterschieden zwischen »issues of strongest impact«, »issues of high potential« und »issues of less potential«. Die Typologie wird durch den »issue cube« anschaulich dargestellt [21].
Wir wollen die Ausführungen zur theoretischen Orientierung hier abbrechen, obwohl wir noch nicht auf die Situation eingegangen sind, in der mehrere issues in ihrer relativen Bedeutung miteinander konkurrieren [22]. Wir meinen aber, daß die für unsere Analyse verwendeten Daten als spezielle Klasse wertbezogener politischer Probleme nunmehr eingeordnet werden können, und nur das sollte hier geleistet werden.

Datenbasis und Meßinstrument

Es ist wohl kein Zufall, daß die theoretische Diskussion zunächst dort eingesetzt hat, wo Daten für ein Zeitvergleiche oder panel-designs zur Verfügung standen. Issue-bezogene »party images« verändern sich nicht von heute auf morgen, und »critical events«, die Veränderung bewirken könnten, finden, wie die Erfahrung zeigt, auch nicht in regelmäßigen Zeitabständen statt, und leider auch meist nicht dann, wenn gerade eine Wahlstudie im Feld ist. Wir haben in früheren Arbeiten auf diesen Sachverhalt hingewiesen [23]. Die Datenbasis, die uns für diese Analyse zur Verfügung steht, ist, an unseren eigenen Wünschen gemessen, höchst unvollkommen. Dennoch meinen wir, daß sie ausreicht, um Thesen über den Einfluß von »valence-issues« auf die Parteipräferenz zu entwickeln.
Vergleichbare Daten über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu ausgewählten politischen Problemen liegen uns für die Jahre 1961, 1964, 1969 und 1972 vor; sie wurden im Rahmen von Wahlstudien durch Umfragen erhoben. In jedem Falle handelt es sich um mehrstufige Zufallsstichproben der westdeutschen Bevölkerung, die repräsentative Aussagen über die wahlberechtigte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland (ohne Westberlin) gestatten [24].
Im Interview wurde zunächst die persönliche Bedeutung einer Anzahl ausgewählter politischer Probleme erfaßt. Dem Befragten wurde zur Einstufung der persönlichen Bedeutung der einzelnen Probleme eine »Leiter« mit 11 Sprossen vorgelegt. Je wichtiger das Problem für den Befragten war, umso weiter oben auf der Leiter sollte das Problem stehen. Auf die oberste Sprosse sollten die Probleme gestellt werden, die für den Befragten persönlich von größter Bedeutung waren, auf die unterste Sprosse diejenigen Probleme, die persönlich gar keine Bedeutung hatten. Den bei dem Meßinstrument möglichen Bedeutungsabstufungen wurden für die Analyse die Werte 0 (gar keine Bedeutung) bis 10 (von größter Bedeutung) zugewiesen. Um einen möglichen response-set zu vermindern, wurden die Probleme den Befragten auf Kärtchen vorgelegt. Diese Kärtchen waren vom Interviewer nach jedem Interview zu mischen, um Regelmäßigkeiten in der Reihenfolge der Vorlage zu vermeiden.
Nach der Einstufung der persönlichen Bedeutung eines jeden politischen Problems wurde gefragt, welche Partei mit dem Problem wohl am besten fertig werden könne.

Dabei wurde ausdrücklich gebeten, bei dieser Beurteilung von der eigenen Parteisympathie abzusehen. Die in allen Umfragen gebrauchte Frageformulierung lautete wie folgt:

»(Interviewer: Kartenspiel mischen und 1. Kärtchen vorlegen!).
Nun würde mich interessieren, welche Bedeutung einige Probleme für Sie ganz persönlich haben. Hier ist eine Leiter (Interviewer: Leiter vorlegen!). Auf der obersten Sprosse steht das Problem, das für Sie ganz persönlich von größter Bedeutung ist. Ganz unten stände ein Problem, das durchaus wichtig sein kann, für Sie persönlich aber gar keine Bedeutung hat. Zeigen Sie mir bitte auf der Leiter, welche Bedeutung ... (Interviewer: Kartenspiel!) für Sie hat (Interviewer: im Schema kringeln!).
Sehen Sie jetzt einmal völlig davon ab, welche Partei Ihnen persönlich am sympathischsten ist, was meinen Sie: Welche Partei kann mit diesem Problem am besten fertig werden: die SPD, die CDU/CSU oder die FDP?
Und wie ist es mit ... (Interviewer: 2. Kärtchen vorlegen!). Welche Bedeutung hat dieses Problem für Sie persönlich? (Interviewer: Leiter!).
Und welche Partei kann mit diesem Problem am besten fertig werden, die SPD, die CDU/CSU oder die FDP? (Interviewer: Im Schema kringeln!).
(Interviewer: Entsprechend für alle Probleme durchfragen und im Schema kringeln. Kartenspiel dann mischen und weglegen!).«

Die Anzahl der Probleme, die für Wähler wichtig sein können und die mit politischen Parteien verknüpfbar sind, ist denkbar groß. Deshalb ist auch die Auswahl solcher Probleme für eine Umfrage notwendig arbiträr [25]. Das gilt auch für die vorliegende Untersuchung. Dennoch ist die getroffene Auswahl kein Zufallsprodukt. Die den Befragten zur Beurteilung vorgelegten Probleme sollten einmal ein breites Spektrum politischer Aktivitäten abdecken: Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozialpolitik, Sicherheitspolitik, Kulturpolitik, Deutschlandpolitik, Außenpolitik; zum anderen wurde in bezug auf jedes einzelne ausgewählte Problem Urteilsbereitschaft und Interesse der Wählerschaft angenommen. Diese Auswahlkriterien galten für die Juli-Umfrage des Jahres 1961 und die August-Umfrage des Jahres 1964, die unabhängig voneinander geplant wurden [26]. In beiden Umfragen wurden, bei gleicher Konstruktion des Meßinstruments, jeweils 15 Probleme ausgewählt, von denen 9 sowohl 1961 als auch 1964 gleich formuliert waren. Die 9 übereinstimmenden Probleme wurden mit der Absicht einer Zeitreihenanalyse in der Oktober-Umfrage 1969 und der Oktober-Umfrage 1972 erneut vorgelegt. Im einzelnen handelt es sich um die folgenden Items:

Sicherung der Preise
Steuersenkung
Alterssicherung
Bessere Ausbildungsmöglichkeiten
Sauberkeit im Staat
Sicherung vor russischem Angriff
Wiedervereinigung Deutschlands
Gutes Verhältnis zu den USA
Besseres Verhältnis zur Sowjetunion.

Ein Blick auf den Problemkatalog macht eine mögliche Schwäche dieser Analyse deutlich. Hätte nicht 1969 oder 1972 eine andere Auswahl die anvisierten politischen Be-

reiche besser repräsentiert? Hätte man nicht »Sicherung vor russischem Angriff« oder »Wiedervereinigung Deutschlands« durch funktional äquivalente Formulierungen ersetzen sollen? Wir entschieden uns für die Beibehaltung der Formulierungen, weil wir die methodischen Grundlagen der Theorie der funktionalen Äquivalenz, die hier hätte weiterhelfen müssen, für noch nicht tragfähig genug angesehen haben.
Alle aufgeführten politischen Probleme entsprechen den von Butler und Stokes herausgearbeiteten Definitionskriterien für »valence issues«. Sie sind als allgemein wünschenswerte politische Zielvorstellungen formuliert, beziehen sich auf Veränderungen der Situation, beschreiben also Konsequenzen des politischen Handelns, ohne die Abwägung von Alternativen oder die Bewertung von Ziel-Mittel Relationen zu verlangen.
»Valence issues« sollen Zielvorstellungen ansprechen, die von der Wählerschaft weitgehend geteilt werden; definitionsgemäß sollte »issue consensus« vorliegen. Auswahl und Formulierung der politischen Probleme lasssen die Annahme von »issue consensus« als plausibel erscheinen; die Konstruktion des Meßinstruments gestattet indes keine direkte Überprüfung. Wir halten dies für einen Mangel. Aller Erfahrung nach spricht zwar wenig dafür, daß ein nennenswerter Anteil von Gegnern etwa der Preisstabilität, der Alterssicherung oder besserer Ausbildungsmöglichkeiten zu ermitteln wäre. Im Hinblick auf solche Ziele, wie »Sicherung vor einem russischen Angriff«, »Gutes Verhältnis zu den USA«, »Sauberkeit im Staat« oder »Wiedervereinigung Deutschlands«, könnte das aber bezweifelt werden. Wir gehen jedoch für diese Analyse von der Annahme aus, daß die Verteilung der Einstellungen in bezug auf alle Probleme einer steilen J-Kurve entspricht, halten also die Zahl der Gegner der ausgewählten Zielvorstellungen für eine zu vernachlässigende Minderheit.
Mit der Annahme von »issue consensus« ist noch nichts über die persönliche Bedeutung der ausgewählten politischen Probleme für den einzelnen Wähler gesagt. Man kann ein bestimmtes politisches Ziel befürworten oder ablehnen, ohne ihm gleichzeitig eine persönliche Bedeutung beizumessen. Das Merkmal »Persönliche Bedeutung« wurde durch eine Leitereinstufung erfaßt. Sie dient uns als Indikator für den Grad der Beziehung »Ego – Issue«. Die Angabe darüber, welche Partei mit einem bestimmten Problem am besten fertig werden kann, wird zur Beschreibung der Beziehung »Issue – politische Partei« herangezogen.

Empirischer Befund

Die Beziehung »Ego-issue«

Wir wollen die Darstellung der Ergebnisse mit der Diskussion der Frage beginnen, ob Ego eine Verbindung zu den ausgewählten politischen Problemen herstellen und ihre Bedeutung subjektiv beurteilen kann. Damit sind die von Campbell et al. entwickelten Variablen »issue familiarity« und »intensity of issue opinion« angesprochen, deren Ausprägung darüber entscheidet, ob logisch überhaupt ein Einfluß der Einstellung zu politischen Problemen auf die individuelle Parteipräferenz angenommen werden kann. Von den insgesamt neun ausgewählten politischen Problemen wurden von den Befragten zu allen vier Untersuchungszeitpunkten durchschnittlich stets mehr als acht nach der

persönlichen Bedeutung eingestuft. Die Bereitschaft zur Bewertung der vorgelegten Probleme weist dabei im Zeitverlauf keine bemerkenswerten Schwankungen auf. Die Zahl der durchschnittlich eingestuften Probleme stieg von 8.4 im Jahre 1961 auf 8.6 in den Jahren 1964 und 1969 und sank dann auf 8.3 im Jahre 1972.

Die große Bereitschaft zur Beantwortung der gestellten Frage, kann nicht verwundern. Zum einen war öffentliches Interesse Auswahlkriterium für die zur Beurteilung vorgelegten politischen Probleme; Verständnisschwierigkeiten der Befragten können bei der Art der Formulierung der einzelnen items nicht angenommen werden. Zum anderen begünstigt die Form des Meßinstruments eine hohe Antwortquote: die auf Kärtchen vorgelegten politischen Probleme waren nur wiederzuerkennen, nicht, wie bei einer offenen Frage, zu erinnern; die verbale Artikulationsfähigkeit der Befragten spielte bei der Beantwortung keine Rolle, da die »Leiter« als Maßstab vorgegeben wurde; die Vorlage von Leiter und Kärtchen wird darüber hinaus von den meisten Befragten als Abwechslung im Verlauf des Interviews empfunden [27].

Bei dieser Datenlage kann weniger die Antwortbereitschaft als die Einstufung der politischen Probleme nach der persönlichen Bedeutung (»intensity of issue opinion«) näheren Aufschluß über die Beziehung »Ego – issue« geben.

Betrachtet man die durchschnittliche Einstufung der persönlichen Bedeutung der einzelnen ausgewählten politischen Probleme für die Befragten im Zeitverlauf, so ergibt sich eine konstant hohe Bewertung der Probleme »Sicherung der Preise«, »Alterssicherung«, »Sauberkeit im Staat« und »Steuersenkung«. Eine konstant niedrige persönliche Bedeutung zeigt sich dagegen für die Probleme besseres Verhältnis zur Sowjetunion« und »gutes Verhältnis zu den USA«. Ein starker Bedeutungsabfall ist für die Probleme »Wiedervereinigung Deutschlands« und »Sicherung vor russischem Angriff« festzustellen, während das Problem »bessere Ausbildungsmöglichkeiten« einen Bedeutungsanstieg verzeichnen konnte.

Das Ergebnis bestätigt zunächst, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland innenpolitische Probleme durchschnittlich eine größere persönliche Relevanz haben als außenpolitische Probleme [28]. Das gilt insbesondere für die Frage der Preisstabilität, die zu allen vier Beobachtungszeitpunkten mit nahezu identischen Werten den ersten Rang in der Bedeutungsskala einnahm. Die Vermutung, daß eine Veränderung des Bezugsrahmens eine unterschiedliche Gewichtung der Bereiche Innen- und Außenpolitik bewirken würde, hat sich zumindest für 1972 nicht bestätigt. Auf die offene Frage: »Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten Probleme für die Bundesrepublik?« wurde die Lohn- und Preispolitik als herausragendes innenpolitisches Problem von 47 Prozent, die Ostpolitik als herausragendes außenpolitisches Problem hingegen nur von 16 Prozent der Befragten genannt.

Bemerkenswert, wenn auch vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung nicht unplausibel, erscheint der Bedeutungsabfall der Probleme »Wiedervereinigung Deutschlands« und »Sicherung vor russischem Angriff«. Während aber der Rückgang der Bedeutung des Problems der »Wiedervereinigung« in der Periode 1964–1969 am größten war, ist der Bedeutungsabfall im Hinblick auf eine »Sicherung vor russischem Angriff« jüngeren Datums: das Problem fiel vom 5. Rang im Jahre 1969 auf den letzten Rang im Jahre 1972 zurück. Betrachtet man die geringe, aber im Zeitablauf stabile

Bedeutungseinstufung des Problems »besseres Verhältnis zur Sowjetunion« im Zusammenhang mit dem Bedeutungsverfall des Problems »Sicherung vor russischem Angriff«, so kann man als Folge der Ostpolitik wohl eher von einem Nachlassen der Furcht vor sowjetischer Aggression als von einem wachsenden Verlangen nach Annäherung an die Sowjetunion sprechen. Gliedert man die Befragten nach der Parteipräferenz auf, so zeigt sich, daß diese Entwicklung für Befragte mit FDP- und SPD-Wahlabsicht ausgeprägter ist als für solche mit einer Wahlabsicht für die CDU/CSU. Die Unterschiede, nach der Parteipräferenz sind im Hinblick auf alle anderen ausgewählten Probleme, mit Ausnahme des Problems der »besseren Ausbildungsmöglichkeiten« nur geringfügig. Die Bedeutung besserer Ausbildungsmöglichkeiten wird dabei besonders von den Befragten mit FDP-Wahlabsicht betont.

Faßt man alle Informationen über die persönliche Bedeutung der ausgewählten politischen Probleme zu einem Index zusammen, so ergibt sich für 1972, im Vergleich zu den vorhergehenden Bundestagswahlen, ein leichter Rückgang der generellen Issue-Bedeutung. Das gilt besonders für Befragte mit FDP- und CDU/CSU-Wahlabsicht, weniger für Befragte mit einer Wahlabsicht für die SPD.

Mit der Beschreibung der Bedeutung der einzelnen Probleme ist noch nichts über die Zusammenhänge der Bedeutungseinstufungen ausgesagt. Wir wollen mögliche Bedeutungsmuster mit Hilfe des Verfahrens der multidimensionalen Analyse identifizieren [29]. Dabei werden wir zunächst die in den Daten der Vorwahluntersuchung 1972 gefundene Konstellation diskutieren und danach die Stabilität dieser Konstellation durch einen Zeitvergleich überprüfen. Als Maß für die Ähnlichkeit der Einstufung der Bedeutung der ausgewählten politischen Probleme verwenden wir Kendall's Rangkorrelationskoeffizienten tau-b [30]. Die Inspektion der Korrelationsmatrix zeigt, daß die Probleme »Sicherung der Preise« und »Alterssicherung« ($r=.46$) und »gute Beziehungen zu den USA« und »bessere Beziehungen zur Sowjetunion« ($r=.53$) die stärksten Zusammenhänge untereinander aufweisen, also von den Befragten am ähnlichsten eingestuft werden. Weitere Aussagen über Bedeutungsmuster lassen sich aus einer Betrachtung der Korrelationsmatrix allerdings so nur schwer gewinnen. Mit Hilfe des Verfahrens der multidimensionalen Analyse kann die in der Korrelationsmatrix enthaltene Information jedoch anschaulicher dargestellt werden. Die größere Anschaulichkeit wird erreicht, indem man die Ähnlichkeitsmaße in einen euklidischen Raum möglichst geringer Dimensionalität transponiert. Das Ergebnis ist dann eine Metrik der Bedeutungsunterschiede zwischen den durch die Befragten bewerteten politischen Probleme. Die Umsetzung der Ähnlichkeitskoeffizienten in eine solche Metrik ist möglich, weil jede Matrix symmetrischer Ähnlichkeitsmaße in einer monotonen Beizehung zu einer Metrik steht [31]. Eine perfekte monotone Beziehung ergäbe sich in unserem Falle zum Beispiel definitionsgemäß bei einer Darstellung der Bedeutung der ausgewählten Probleme in einem achtdimensionalen Raum. Verstöße gegen die Forderung einer monotonen Beziehung können sich nun daraus ergeben, daß wir aus Gründen der Anschaulichkeit und der damit verbundenen besseren Interpretationsmöglichkeit eine Zielkonfiguration mit geringerer Dimensionalität suchen. Die Verstöße gegen die Monotonie der Beziehung zwischen Ähnlichkeitsmaßen und Distanzen werden bei dem Verfahren, das wir für die Analyse anwenden, durch einen Stress genannten Koeffizienten gemessen [32]. Dieses Ver-

fahren wurde von J. B. Kruskal maßgeblich entwickelt und Kruskal schlägt auf Grund seiner Erfahrungen vor, einen Stress-Koeffizienten von .05 als eine gute Annäherung an die geforderte monotone Beziehung zwischen den Ähnlichkeitsmaßen und Distanzen zwischen den Punkten zu betrachten, Lösungen mit einem Stress-Koeffizienten von .20 und mehr jedoch als nicht angemessen zu verwerfen [33]. Wir haben mit unseren Daten die Dimensionalität der möglichen Zielkonfigurationen systematisch variiert und die Entwicklung der Höhe der Stress-Koeffizienten beobachtet. Das Ergebnis läßt für alle vier Beobachtungszeitpunkte eine zweidimensionale Lösung zu.

Im euklidischen Raum kommt den Koordinaten keine immanente Bedeutung zu, wichtig sind nur die Distanzen zwischen den Punkten. Diese Distanzen bleiben auch bei der Rotation der Achsen erhalten. Daraus ergeben sich für die Forschungspraxis zwei wichtige Konventionen: erstens können die Werte der Objekte für die Dimensionen nicht unmittelbar interpretiert werden und zweitens ist für eine Interpretation der Lösung die Anschaulichkeit der Darstellung notwendig. Dadurch ist man bei der Interpretation der Ergebnisse der multidimensionalen Analyse freier als etwa bei der Faktorenanalyse. F. U. Pappi, dessen Beschreibung der Vorgehensweise wir hier folgen, führt dazu aus: »Sinnvoll ist nicht nur eine Zuordnung der rotierten Achsen zu Drittvariablen, sondern man kann auch Strukturen wie konzentrische Kreise, Sektoren und Cluster entdecken und sinnvoll interpretieren [34].

Da für unsere Daten eine zweidimensionale Lösung angemessen ist, ist die Forderung der Anschaulichkeit erfüllt. In Schaubild 2 haben wir sowohl die ursprünglichen, als auch die handrotierten Achsen, die bereits ein Ergebnis der theoretischen Interpretation sind, eingetragen. Die Anordnung der politischen Probleme nach der Ähnlichkeit ihrer Bedeutung zeigt deutlich einen innenpolitischen Sektor auf der einen und einen außen- und sicherheitspolitischen Sektor auf der anderen Seite. Die Endpunkte der Achse werden durch die Probleme »Sicherung der Preise« und »besseres Verhältnis zur Sowjetunion« gekennzeichnet. Die Reihenfolge der übrigen Probleme auf dieser Achse läßt die Benennung der Dimension als innenpolitische vs. außenpolitische Orientierung, die aus der theoretischen Diskussion vertraut ist, als gerechtfertigt erscheinen. Die Benennung der zweiten Achse bereitet im Vergleich dazu größere Schwierigkeiten. Hier stehen sich, was den innenpolitischen Sektor angeht »Alterssicherung« auf der einen Seite und »bessere Ausbildungsmöglichkeiten« auf der anderen Seite gegenüber. Im außen- und sicherheitspolitischen Sektor sind es die Probleme »Sicherung vor russischem Angriff« und »besseres Verhältnis zur Sowjetunion«.

Wir vermuten, daß es sich bei der zweiten Achse, insbesondere was den innenpolitischen Sektor angeht, um eine Beurteilungsdimension handelt, die aus der Position im Lebenscyclus resultiert. Nimmt man das Lebensalter als Indikator, so ergibt sich ein charakteristischer Unterschied der Bedeutung der innenpolitischen Probleme je nach ihrer Position auf der Achse. Für die innenpolitischen Probleme, die die Endpunkte der Achse markieren, ist der Unterschied besonders ausgeprägt. Für jüngere Befragte sind bessere Ausbildungsmöglichkeiten wichtiger als Probleme der Alterssicherung, bei älteren Befragten ist es umgekehrt. Im außenpolitischen Sektor sind diese Unterschiede zwar auch vorhanden, sie sind aber nicht mit gleicher Straffheit mit der Variablen Lebensalter verbunden. Hier spielt die politische Orientierung eine größere Rolle. Befragte mit

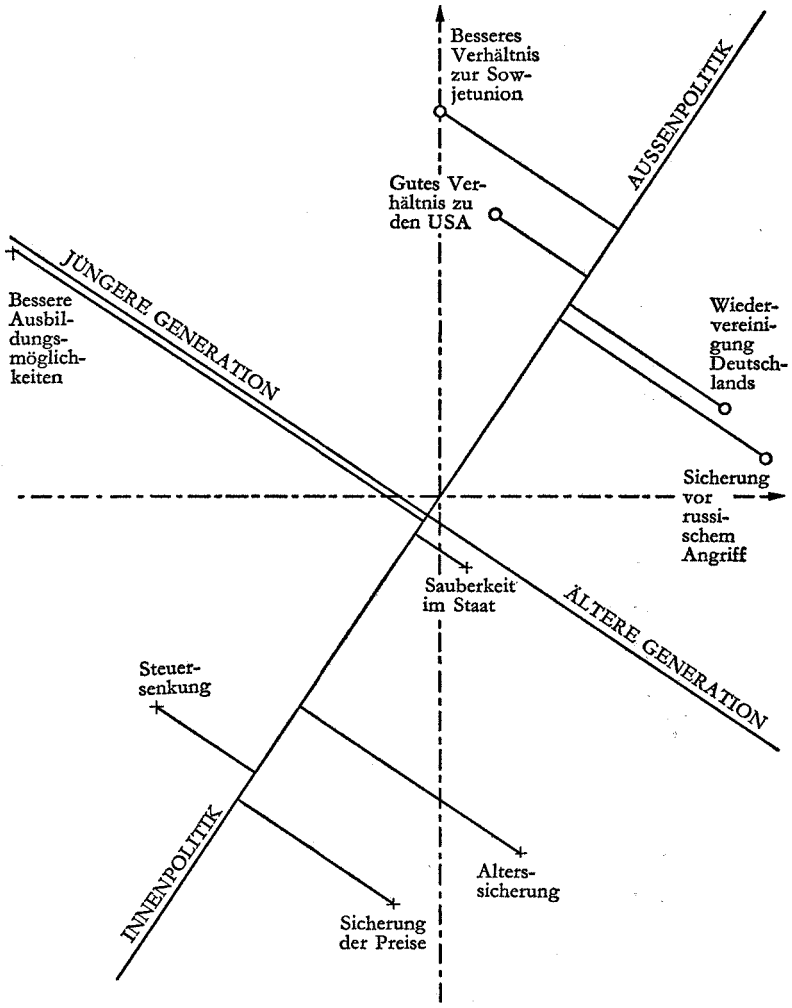

Schaubild 2

SPD- und FDP-Wahlabsicht stufen das Problem besserer Beziehungen zur Sowjetunion höher ein als Befragte mit CDU/CSU-Wahlabsicht. Die entgegengesetzte Beziehung ergibt sich im Hinblick auf das Problem »Sicherheit vor russischem Angriff«. Kombiniert man Lebensalter und politische Orientierung, so ergeben sich die Unterschiede mit etwas größerer Deutlichkeit. Wenn wir trotzdem für die zweite Achse die Bezeichnung »jüngere Generation vs. ältere Generation« wählen, dann weniger auf Grund unserer eigenen Ergebnisse als auf Grund der Ergebnisse, die R. Inglehart berichtet hat [35]. Inglehart weist nach, daß sich die Werthierarchien von Alterskohorten in typischer Weise unterscheiden: während insbesondere bei der Kriegsgeneration materielle Werte tendenziell höher geschätzt werden als nichtmaterielle Werte, ist es bei der nach dem Krieg

aufgewachsenen Bevölkerung umgekehrt. Inglehart, der diesen Sachverhalt generell mit Entwicklungstendenzen moderner Industriegesellschaften verknüpft, hat dafür die Begriffe »bourgeoise« vs. »post-bourgeoise« Wertorientierung vorgeschlagen. »Drawing on the work of Abraham Maslow, we reason that the age cohorts who had experienced the wars and scarcities of the era preceding the West European economic miracles would accord a relatively high priority to economic security and to what Maslow terms the safety needs. For the younger cohorts, a set of »post-bourgeois« values, relating to the need for belonging and to asthetic and intellectual needs, would be more likely to take top priorities« [36]. Operational definiert meint »bourgeoise« Orientierung die höhere Bewertung politischer Ziele wie »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« und »Kampf gegen steigende Preise« im Vergleich zu solchen politischen Zielen wie »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« und »mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung«; bei einer »post-bourgeoisen« Orientierung ist das Gegenteil der Fall. Wir meinen, daß politische Ziele wie »mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung« oder »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung«, items, mit denen Inglehart die »post-bourgeoise« Werthaltung gemessen hat, in demselben Cluster zu finden wären, wie unsere items »bessere Beziehungen zur Sowjetunion« und »bessere Ausbildungsmöglichkeiten«. Ob unsere Vermutung gerechtfertigt ist, kann erst die weitere Forschung zeigen. Vorerst möchten wir jedoch an der These festhalten, daß neben der Dimension »Innenpolitik – Außenpolitik« die Dimension »ältere Generation – jüngere Generation« das Muster der Beurteilung der politischen Probleme nach der persönlichen Bedeutung bestimmt. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß politische Probleme, die einzeln betrachtet als »valence issues« zu kennzeichnen sind, dann zu »position issues« werden können, wenn sie in ihrer relativen Bedeutung miteinander konkurrieren. Dies dürfte auch an unserem Beispiel deutlich geworden sein. Wir wollen diese Problematik hier aber nicht weiter verfolgen, sondern uns der Frage zuwenden, wie die Stabilität der unter Verwendung der Daten der Vorwahluntersuchung 1972 gefundenen Konstellation im Zeitverlauf zu bewerten ist. Um diese Frage zu entscheiden, haben wir die für die zweidimensionale Lösung 1961, 1964 und 1969 gemessenen Distanzen mit den 1972 ermittelten Distanzen korreliert. Die Pearsonschen Produkt-Moment Korrelationskoeffizienten betragen für 1972–1969 und 1972–1961 .78, und .84 für 1972–1964. Das Ergebnis läßt den Schluß zu, daß die diskutierten Dimensionen auch im Hinblick auf die früheren Beobachtungszeitpunkte sinnvolle Interpretationskategorien darstellen.

Die Beziehung »issue – politische Partei«

Wird von Ego eine Beziehung zum issue hergestellt, so kann die resultierende Einstellung nur dann für die Wahlabsicht relevant werden, wenn Ego zwischen dem politischen Problem und den politischen Parteien eine Verbindung sieht. In bezug auf unsere Daten wollen wir von einer gelungenen Verbindung zwischen politischem Problem und politischen Parteien dann sprechen, wenn der Befragte in der Lage ist, eine Partei zu nennen, die mit dem jeweils in Frage stehenden Problem, das zuvor nach der persönlichen Bedeutung einzustufen war, am besten fertig werden kann. Im Interview

wurden 1961 die SPD und die CDU/CSU, in allen anderen Umfragen die SPD, die CDU/CSU und die FDP als mögliche kompetente Parteien vorgegeben. Die Befragten wurden aufgefordert, bei der Beurteilung der Issue-Kompetenz der Parteien von der eigenen Parteipräferenz abzusehen.

In bezug auf die durchschnittliche Bereitschaft der Befragten, die ausgewählten politischen Probleme nach der persönlichen Bedeutung einzustufen, im Hinblick auf die Beziehung »Ego – issue« also, hatten wir im Zeitvergleich keine nennenswerten Unterschiede feststellen können. Für die Entwicklung der Beziehung »issue – politische Partei« ist das Gegenteil der Fall. Die Zahl der insgesamt neun politischen Probleme, die mit den politischen Parteien verbunden werden konnte, stieg zunächst von durchschnittlich 7.5 im Jahre 1961 auf 8.0 im Jahre 1964 und von 1964 auf 1969 noch einmal leicht auf 8.2 an. Vor der Wahl 1972 nannten die Befragten dagegen nur noch für durchschnittlich 6.4 Probleme eine kompetente Partei. Eine Betrachtung der ausgewählten politischen Probleme im einzelnen kann Hinweise auf mögliche Ursachen dieses überraschend starken Rückgangs bringen.

Tabelle 4 zeigt zunächst, daß der von 1961 bis 1969 steigende Trend zur Verbindung von issues mit Parteien alle Probleme etwa gleichermaßen betraf. Dies gilt für das Absinken des Vertrauens in die Issue-Kompetenz der Parteien von 1969 bis 1972 indes wiederum nicht. Der geringste Rückgang findet sich mit 8.1 Prozentpunkten bei dem Problem »besseres Verhältnis zur Sowjetunion«, die größte Differenz bei dem Problem »Steuersenkung« mit 32.8 Prozentpunkten. Die Spannweite des Rückgangs beträgt also 24.7 Prozentpunkte. Im Hinblick auf das durchschnittlich wichtigste politische Problem, »Sicherung der Preise«, fühlen sich 1972 nur noch knapp 74 Prozent der Befragten, die es nach der persönlichen Bedeutung eingestuft haben, in der Lage, eine Partei zu nennen, die damit am besten fertig werden könnte. Im Jahre 1969 lag die Vergleichszahl bei 94 Prozent.

Der Befund kann nicht als Artefakt des Meßinstruments oder als bloßes Versagen der Interviewer abgetan werden. Die einzelnen Probleme wurden von Interview zu Interview in zufälliger Reihenfolge vorgelegt; die Interviewerinstruktionen waren die gleichen wie bei den drei anderen Untersuchungen, und die Feldberichte sprechen ebenfalls nicht von besonderen Schwierigkeiten bei dieser Frage. Vor allem aber schließt das von 1969 auf 1972 festzustellende Muster des Kompetenzverfalls, auf das wir nun eingehen wollen, eine lediglich »technische« Interpretation aus.

Im Jahre 1969 meinten 80 Prozent der Befragten mit SPD-Wahlabsicht, ihre Partei könne mit dem Problem einer Steuersenkung am besten fertig werden, 1972 glaubten das unter den SPD-Anhängern nur noch 47 Prozent. Auch unter den Befragten mit einer CDU/CSU-Wahlabsicht gab es 1969 47 Prozent, die der Meinung waren, die SPD sei auf diesem Gebiet kompetent; 1972 sagten das nur noch 4 Prozent der CDU/CSU-Anhänger von der SPD.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich für das Problem »Sicherung der Preise«: 82 Prozent der Befragten mit SPD-Wahlabsicht und 36 Prozent der Befragten mit CDU/CSU-Wahlabsicht waren 1969 davon überzeugt, daß die SPD dieses Problem am besten lösen könne; vor der Wahl 1972 lagen die Werte bei 57 Prozent im Falle der Befragten mit SPD-Präferenz und bei 3 Prozent im Falle der Befragten mit CDU/CSU-Präferenz.

Wichtig ist nun, daß sich dieses Muster, ein scharfer Rückgang der SPD-Kompetenz bei SPD- und CDU/CSU-Anhängern, für die übrigen Probleme nicht in gleicher Weise wiederholt. Zwar ist auch hier der deutliche Rückgang der SPD-Kompetenz bei Befragten mit einer Wahlabsicht für die CDU/CSU zu beobachten, bei Befragten mit SPD-Wahlabsicht trifft das indes so nicht mehr zu. Im Hinblick auf die Probleme »Sauberkeit im Staat«, »Alterssicherung« und »Sicherung vor russischem Angriff« sinkt die SPD-Kompetenz in der Gruppe der SPD-Anhänger nur noch leicht ab, sie stagniert in bezug auf das Problem »Wiedervereinigung« und steigt im Falle der Probleme »gutes Verhältnis zu den USA«, »bessere Ausbildungsmöglichkeiten« und vor allem »besseres Verhältnis zur Sowjetunion« 1972 gegenüber 1969 sogar noch an.

Der festzustellende generelle Verfall der SPD-Kompetenz unter den Befragten mit einer Wahlabsicht für die CDU/CSU und der teilweise Verfall der SPD-Kompetenz unter den übrigen Befragten, auch unter den Anhängern dieser Partei selbst, setzt sich jedoch nicht voll in eine höhere Kompetenzbewertung der CDU/CSU oder FDP um. Zwar steigt unter den Befragten mit CDU/CSU-Wahlabsicht die Zahl derer beträchtlich, die der eigenen Partei auf innenpolitischem Gebiet wieder mehr zutrauen, doch rechnet der größte Teil aller Befragten, die ihre Einstellung änderten, 1972 keiner Partei die Problemkompetenz mehr zu.

Wir möchten darauf verzichten, die in Tabelle 5 angeführten Zahlen hier in allen Einzelheiten noch weiter zu beschreiben. Das Ergebnis läßt den Schluß zu, daß das schwindende Vertrauen in die Fähigkeit der politischen Parteien, mit bestimmten politischen Problemen fertig zu werden, inhaltlich erklärt werden muß, daß der bloße Hinweis auf umfragetechnische Ursachen der geringeren Antwortbereitschaft nicht genügt.

Bevor wir unsere Thesen über die Ursachen des Kompetenzverfalls vorbringen, möchten wir die Entwicklung der Issue-Kompetenzen der einzelnen Parteien, bezogen auf das Elektorat für den gesamten Zeitverlauf darstellen. Dabei beziehen wir uns auf die Perzeption des Sachverhalts durch die Befragten, die sowohl die Beziehung »Ego-issue« als auch die Verbindung »issue-politische Partei« herstellen konnten.

In Schaubild 3 sind die entsprechenden Zahlen eingetragen. Das Ergebnis ist eindeutig und bestätigt den oben bereits diskutierten Trend. Es zeigt den Kompetenzanstieg der SPD auf allen Gebieten bis 1969 sowie den Kompetenzabfall der CDU/CSU für den gleichen Zeitraum. Im Jahre 1972 ergibt sich jedoch eine differenziertere Entwicklung: der Kompetenzabfall der CDU/CSU setzt sich zwar auf außenpolitischem Gebiet fort; auf innenpolitischem Gebiet ist für die CDU/CSU jedoch erstmals wieder ein Kompetenzzuwachs zu beobachten. Das Umgekehrte gilt für die SPD. Der FDP werden nur in geringem Maße Issue-Kompetenzen zugeschrieben, wenn auch, wie schon erwähnt, gegenüber 1969 ein leichter Aufwärtstrend erkennbar ist.

Wir möchten die Ergebnisse so interpretieren, daß sich 1972 auf innenpolitischem Gebiet als Folge der von der SPD betriebenen Politik eine nüchterne Beurteilung der SPD durchgesetzt hat. Die CDU/CSU hat zwar auf dem innenpolitischen Sektor an Kompetenz gewonnen, insgesamt konnte sie die in der Einschätzung der Lage Unschlüssigen jedoch nicht voll überzeugen. Die stark angewachsene Gruppe derer, die meinen, keine Partei könne mit dem jeweils zur Beurteilung anstehenden innenpolitischen Problem fertig werden, spricht hier eine deutliche Sprache. Wir halten dies, insbesondere im Hin-

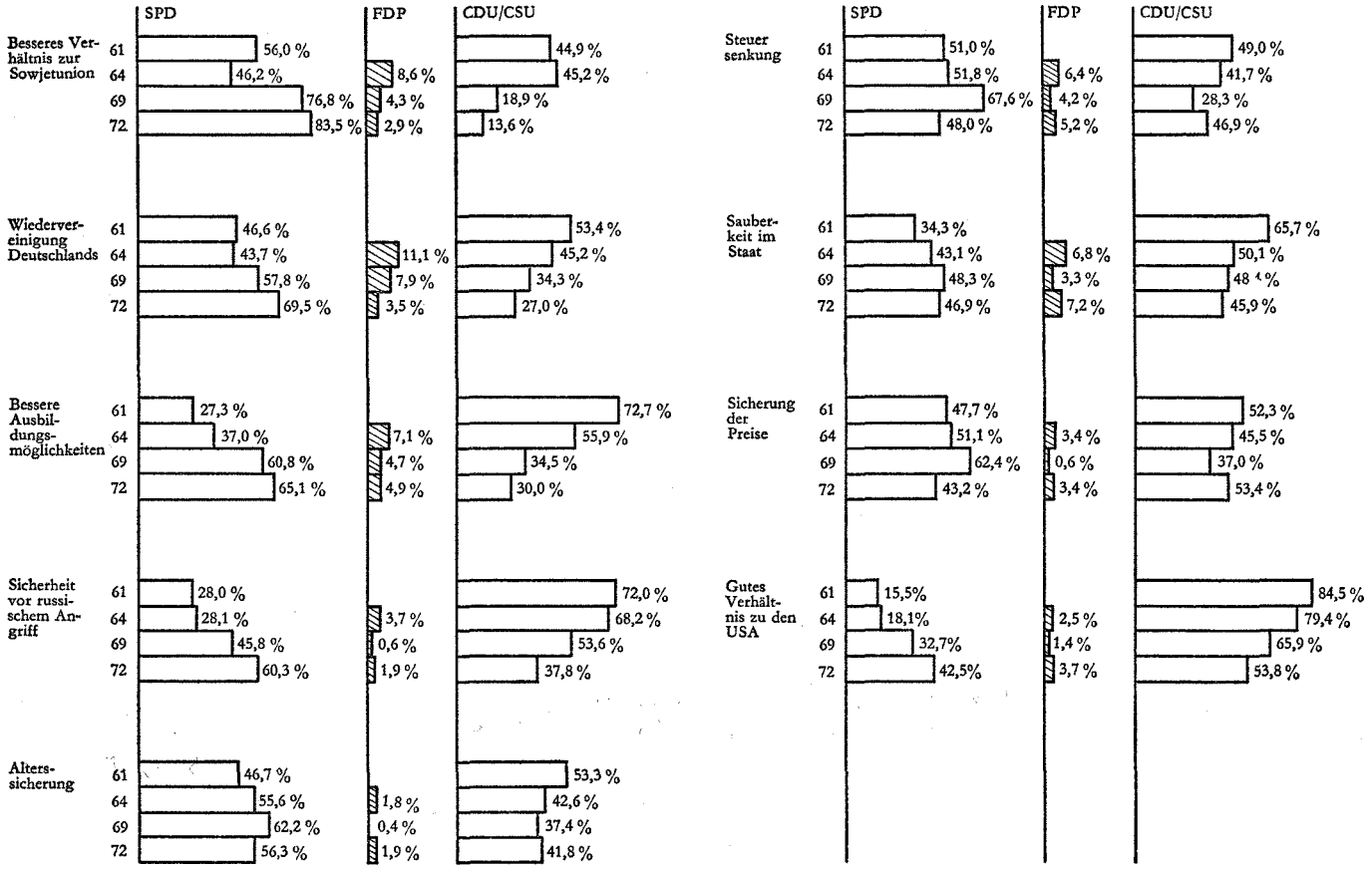
SPD
FDP
CDU/CSU
Besseres Verhältnis zur Sowjetunion
61 56,0 % 8,6 % 44,9 %
64 46,2 % 4,3 % 45,2 %
69 76,8 % 18,9 %
72 83,5 % 2,9 % 13,6 %
Wiedervereinigung Deutschlands
61 46,6 % 53,4 %
64 43,7 % 11,1 % 45,2 %
69 57,8 % 7,9 % 34,3 %
72 69,5 % 3,5 % 27,0 %
Bessere Ausbildungsmöglichkeiten
61 27,3 % 72,7 %
64 37,0 % 7,1 % 55,9 %
69 60,8 % 4,7 % 34,5 %
72 65,1 % 4,9 % 30,0 %
Sicherheit vor russischem Angriff
61 28,0 % 72,0 %
64 28,1 % 3,7 % 68,2 %
69 45,8 % 0,6 % 53,6 %
72 60,3 % 1,9 % 37,8 %
Altersicherung
61 46,7 % 53,3 %
64 55,6 % 1,8 % 42,6 %
69 62,2 % 0,4 % 37,4 %
72 56,3 % 1,9 % 41,8 %
SPD
FDP
CDU/CSU
Steuersenkung
61 51,0 % 6,4 % 49,0 %
64 51,8 % 41,7 %
69 67,6 % 4,2 % 28,3 %
72 48,0 % 5,2 % 46,9 %
Sauberkeit im Staat
61 34,3 % 65,7 %
64 43,1 % 6,8 % 50,1 %
69 48,3 % 3,3 %
72 46,9 % 7,2 % 45,9 %
Sicherung der Preise
61 47,7 % 52,3 %
64 51,1 % 3,4 % 45,5 %
69 62,4 % 0,6 % 37,0 %
72 43,2 % 3,4 % 53,4 %
Gutes Verhältnis zu den USA
61 15,5% 84,5 %
64 18,1% 2,5 % 79,4 %
69 32,7% 1,4 % 65,9 %
72 42,5% 3,7 % 53,8 %

Schaubild 3

blick auf die Wirtschaftspolitik, für einen Erfolg der SPD-Wahlkampfstrategie, die darauf gerichtet war, die äußeren Ursachen, z. B. der Preisentwicklung, zu betonen, um so die Einstellung zu unterstützen, daß eigentlich keine Partei etwas daran machen könne. Diese These deckt sich mit Ergebnissen, die wir mit Hilfe von offenen Fragen zum gleichen Problemkreis ermittelt haben. Wir meinen aber allerdings auch, daß der Effekt nicht eingetreten wäre, wenn die CDU/CSU, auf die die wirtschaftliche Kompetenz zögernd zukam, der Wählerschaft personell einen besseren Orientierungspunkt angeboten hätte. Der Schiller-Effekt fand 1972 durch Narjes jedenfalls nicht statt [37].

Wie für den Sektor der Innenpolitik, so möchten wir den Erklärungsansatz im Hinblick auf den außenpolitischen Sektor ebenfalls im politischen Bereich suchen. Es steht außer Frage, daß die Ost- und Deutschlandpolitik Brandts 1972 von der überwiegenden Mehrheit der Wählerschaft getragen wurde [38]. Daß sich dies in einer für die SPD positiven Veränderung der Kompetenzeinstufung niederschlug, halten wir für einen Hinweis auf die Fruchtbarkeit einer Erklärung politischen Verhaltens durch Politik. Dabei handelte es sich, betrachtet man die Einstellungen der Wählerschaft auf dem ost- und deutschlandpolitischen Sektor im Zeitvergleich, nicht etwa um ein bloßes Ausnutzen einer günstig scheinenden, 1969 bereits vorhandenen Situation, sondern um bewußt gestaltete Politik mit der Chance des Scheiterns. Akzeptiert man die Frage nach der Anerkennung der DDR als »harten« Indikator, so konnte man im September 1969 zum Beispiel nur auf 31 Prozent Befürworter einer mobilen Ostpolitik hoffen; 1972 hatte sich dieser Prozentsatz mit 61 Prozent fast verdoppelt [39]. Daß die Situation vor der Wahl 1972 durch die Ost- und Deutschlandpolitik definiert wurde, wozu auch eine geschickte Terminregie beitrug, halten wir, bei der skizzierten Lage im innenpolitischen Bereich, für den ausschlaggebenden Faktor des Wahlerfolgs der SPD. Wir glauben allerdings, daß außenpolitische Entscheidungen dieses Gewichts bis 1976 nicht mehr anstehen. Deshalb wird der Innenpolitik in Zukunft erhöhtes Gewicht beizumessen sein: wer die Wähler, die 1972 den Parteien im Hinblick auf wichtige innenpolitische Probleme keine Kompetenz zurechnen wollten, für sich gewinnen kann, hat die Chance, die nächste Bundesregierung zu bilden.

Es gehört zu den gesicherten Erkenntnissen der empirischen Wahlforschung, daß die Perzeption politischer Ereignisse und ihre Bewertung durch die jeweilige politische Orientierung Egos verzerrt werden [40]. Auch wir haben dies oft genug gefunden, und auch bei dieser Analyse zeigt sich, daß die Befragten einen durch lange Erfahrungen geprägten Standort nur ungern aufgeben. Sie neigen also dazu, zunächst einmal die guten Seiten einer Sache bei der eigenen politischen Partei zu suchen, Fehler zu übersehen oder sie dem politischen Gegner anzulasten. Die Betrachtung der Kompetenzzurechnung im Zeitverlauf zeigt jedoch, daß diesem sozialpsychologischen Mechanismus zur Produktion kognitiver Harmonie auch Grenzen gesetzt sind. Für diese These spricht, daß sich Kompetenzdifferenzierungen in bezug auf die Parteien ergeben. Immerhin meinen auch 1972 zum Beispiel 23 Prozent der SPD-Anhänger im Hinblick auf die »Sicherung der Preise« und 49 Prozent der CDU/CSU-Anhänger im Hinblick auf ein »besseres Verhältnis zur Sowjetunion« – um die Extremfälle herauszugreifen –, daß eine andere als die präferierte Partei die Kompetenz auf diesen Gebieten besitzt. Der Einsicht, daß »party images« nicht beliebig gemacht werden können, sondern eher auf

Konsequenzen stattgehabter Politik zurückzuführen sind, verdankt das von Stokes entworfene Konzept der »value or goal defined issues« letztlich seine Fruchtbarkeit.
Wir fassen das Ergebnis also als einen Hinweis dafür auf, daß sich langfristige Einstellungsänderungen in bezug auf die Issue-Kompetenzen der Parteien als Folge der Politik dieser Parteien ergeben. Die 1972 festgestellte Tendenz, die Kompetenzen ein und derselben Partei für verschiedene politische Bereiche unterschiedlich zu bewerten, spricht in besonderem Maße dafür. Dennoch werden gerade hier die Grenzen der Aussagefähigkeit unserer Daten deutlich. Für die Analyse langfristiger Prozesse individueller Einstellungsänderungen als Folge des politischen Handelns der Parteien bedarf es panel-Befragungen über lange Zeiträume einerseits, und Daten über die Qualität von policy outputs andererseits, die unabhängig von der Perzeption durch die Befragten gemessen werden müssen. Hier stimmen wir also M. Kaase zu, der den Mangel an langfristig angelegter Forschung dieser Art beklagt und die Gründe für diese Situation in der Forschung klarstellt.

Die Beziehung »Issue-Kompetenz – Wahlabsicht Egos«

Wir haben die Beziehungen »Ego-issue« und »issue – politische Partei« bisher vorwiegend unter Bezug auf die einzelnen ausgewählten politischen Probleme diskutiert. Wir wollen nun die uns über die einzelnen issues zur Verfügung stehenden Informationen zu Indices zusammenfassen, die die Issue-Kompetenz der SPD, der CDU/CSU und der FDP als generelle Einstellungsdimension diesen Parteien gegenüber erfassen sollen. Die Indices sind operational definiert als Summe der politischen Probleme, mit denen eine bestimmte politische Partei nach dem Urteil Egos am besten fertig werden kann, gewichtet mit der diesen Problemen beigemessenen persönlichen Bedeutung und bezogen auf die Summe der von Ego insgesamt mit politischen Parteien in Verbindung gebrachten politischen Probleme. Der resultierende Quotient wird aus Gründen der Konvention mit 10 multipliziert. Damit wurde bei der Indexbildung berücksichtigt, daß nur solche politischen Probleme einen Einfluß auf die Wahlabsicht bzw. Wahlentscheidung haben können, die für Ego Relevanz besitzen und mit politischen Parteien verbunden werden. Praktisch heißt die Berücksichtigung dieser Forderungen, daß sich die für 1972 festgestellte Tendenz, den politischen Parteien im Hinblick auf bestimmte Probleme generell weniger Kompetenz zurechnen zu wollen, nicht negativ auf die Zuweisung eines Kompetenzwertes auswirkt. Der Anteil der Befragten, die durch die so gebildeten Variablen erfaßt werden, schwankt, wie Tabelle 6 zeigt, zwischen 87.5 Prozent 1961 und 93.1 Prozent 1969.
Die Mittelwerte unterstreichen noch einmal den Kompetenzrückgang der CDU/CSU und den Kompetenzanstieg der SPD in den Jahren von 1961 bis 1969. Für den Zeitraum 1969 bis 1972 weisen sie aus, daß die mit der persönlichen Bedeutung gewichtete Kompetenz im Hinblick auf die CDU/CSU konstant bleibt, für die SPD dagegen rückläufig ist. Dabei soll noch einmal darauf hingewiesen werden, daß der Index Issue-Kompetenz bewußt von der gerade für die Jahre 1969–1972 festgestellten unterschiedlichen Entwicklung der Kompetenzzurechnung bei SPD und CDU/CSU im innen- und

außenpolitischen Sektor abstrahiert. Die hohen Standardabweichungen geben an, daß in der Wählerschaft sehr unterschiedliche Standpunkte zur Frage der Kompetenzbewertungen eingenommen werden.

Die Variable Issue-Kompetenz wurde mit dem Ziel konstruiert, die individuelle Wahlabsicht bzw. die Wahlentscheidung vorauszusagen. Es sollte geprüft werden, bis zu welchem Grade die Einstellung zu den Parteien auch als Resultante der Issue-Orientierung interpretiert werden kann. Es soll also die Frage gestellt werden, ob sich Modelle zur Erklärung von Wahlentscheidung rechtfertigen lassen, die direkter auf die Qualität von policy outputs bezogen sind als solche Modelle, die primär mit den eher als affektive Bindung konzeptualisierten Variablen Parteisympathie oder Kandidatenorientierung arbeiten.

Unsere abhängige Variable in dieser Untersuchung ist die individuelle Wahlabsicht. Sie weist, das ist zur Genüge bekannt, alle Nachteile einer Nominalskala auf. Wir haben uns deshalb dafür entschieden, die Beziehungen zwischen Issue-Kompetenz und Wahlabsicht für die Dichotomien SPD vs. Nicht-SPD und CDU/CSU vs. Nicht-CDU/CSU zu überprüfen. Dabei gehen wir davon aus, daß die Dichotomien jeweils für eine Variable stehen, die die Intensität der Präferenzen ausdrückt. Diese aus technischen Gründen lediglich dichotom gemessene Variable, deren genaue Verteilung wir also nicht kennen, soll als lineare Funktion politischer Einstellungen dargestellt werden. Die Bedingungen mathematischer Modelle werden im strikten Sinne wohl kaum je erfüllt. Das gilt auch für die Modellannahme, daß die Mittelwerte der abhängigen Variablen alle genau auf einer Geraden angeordnet sein sollen. Für die Forschungspraxis genügt es meist, wenn die lineare Beziehung in dem Bereich, der interessiert, annähernd gegeben ist [41]. Faßt man die Kompetenzscores zu sechs Klassen zusammen und betrachtet die Entwicklung der Anteile der Befragten mit SPD- bzw. CDU/CSU-Wahlabsicht, so lassen sich Anhaltspunkte für die Berechtigung der Annahme einer linearen Beziehung zwischen den Variablen erkennen. Die hohen Werte für eta sprechen dafür, daß die Kompetenzeinstufungen in den gebildeten Klassen nicht zu sehr streuen.

In Tabelle 9 ist die Beziehung zwischen Issue-Kompetenz und Wahlabsicht, die wir durch einen Regressionsansatz gemessen haben, als Anteil der erklärten Varianz (R^2) dargestellt. Dieser Anteil schwankt, je nach der betrachteten Wahl, zwischen 26 Prozent für die SPD-Wahlabsicht im Jahre 1969 und 58 Prozent für die CDU/CSU Wahlabsicht im Jahre 1972. Die Stärke der Beziehung spricht für die These, daß die individuelle Wahlabsicht auch als Resultante der Einstellung zu politischen Problemen im Sinne von wertbezogenen issues konzeptualisiert werden kann. Dies wird durch einen Vergleich des Erklärungswertes der Variablen Issue-Kompetenz mit dem der Variablen Parteisympathie und Sympathie für den jeweiligen Kanzlerkandidaten, gemessen durch Skalometereinstufungen, noch unterstrichen. Bis auf das Wahljahr 1969, wo für die Einstellung zu den Kanzlerkandidaten keine direkt vergleichbaren Meßwerte vorliegen, ergibt sich im Hinblick auf R^2, wie Tabelle 9 zeigt, stets ein Vorsprung für die Variable Issue-Kompetenz.

Vergleicht man den Anteil erklärter Varianz in bezug auf die einzelnen Variablen mit dem durch die multiple Regression durch die drei Variablen insgesamt erklärten Varianz, so wird gleichzeitig deutlich, daß die unabhängigen Variablen nicht unabhängig

voneinander sind. Einen Teil der Varianz erklärten sie gemeinsam. Wir hatten dies nicht anders erwartet. Die Multikollinearität hindert uns aber daran, den relativen Beitrag der einzelnen unabhängigen Variablen genau zu bestimmen.

In einer solchen Situation wird es zum theoretischen Problem, den sich überlappenden Teil der Varianz aufzuteilen. Unsere Modellvorstellung, die wir bereits an anderer Stelle skizziert haben, führt Parteisympathie, langfristig betrachtet, auf die Fähigkeit der politischen Parteien zurück, solche Probleme lösen zu können, die für Ego wichtig sind [42]. Dabei schließen wir nicht aus, daß der Grad der Parteisympathie die Leistungsbewertung der politischen Parteien verzerrt. Was, wie wir meinen, unsere Vorstellung von anderen Ansätzen unterscheidet, ist die Beurteilung der Möglichkeiten Egos, gute und schlechte Politik als Maßstab für die Wahlentscheidung zu ignorieren.

Anmerkungen

1 Der Begriff Issue-Kompetenz wird von uns analog dem Begriff »issue partisanship« gebraucht, der von *Campbell* et al. geprägt wurde. Vgl.: *Angus Campbell, Gerald Gurin,* and *Warren E. Miller:* The Voter Decides, Evanston, Illinois – White Plains, New York 1954. Neuere Ergebnisse bei: *David DeRepass:* »Issue Salience and Party Choice«, in: The American Political Science Review LXV (1971), S. 389–400.

2 *Bernhard R. Berelson, Paul F. Lazarsfeld* and *William N. McPhee:* Voting, Chicago – London 1954, S. 182.

3 *Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller, Donald Stokes:* The American Voter, New York – London – Sidney 1960, S. 168.

4 *Bernhard R. Berelson, Paul F. Lazarsfeld* and *William N. McPhee* Voting, Chicago – London 1954, S. 207–212.

5 *Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller, Donald Stokes:* The American Voter, New York – London – Sidney 1960, S. 169–171.

6 Die Arbeiten von *Stokes* auf diesem Gebiet sind wesentlich beeinflußt von den Ergebnissen seiner Dissertation: Partisan Attitudes and Electoral Decision, Yale University 1958.

7 *David Butler* and *Donald Stokes:* Political Change in Britain, London 1969.

8 *David Butler* and *Donald Stokes:* Political Change in Britain, London 1969, S. 174.

9 *David Butler* and *Donald Stokes:* Political Change in Britain, London 1969, S. 174.

10 *Erwin K. Scheuch* und *Rudolf Wildenmann.* »Das Forschungsprogramm der »Wahlstudie 1961«, in: *Erwin K. Scheuch* und *Rudolf Wildenmann* (Hg.): Zur Soziologie der Wahl, Köln und Opladen 1965, S. 36.

11 *Philip E. Converse:* »The Nature of Belief Systems in Mass Publics«, in: *David E. Apter* (ed.): Ideology and Discontent, New York 1964, S. 207.

12 *Vladimer O. Key, jr.:* The Responsible Electorate, New York, 1968, S. 2–3.

13 *Vladimer O. Key, jr.:* The Responsible Electorate, New York, 1968, S. 6.

14 *David Butler* and *Donald Stokes:* Political Change in Britain, London 1969, S. 390–394.

15 Die Unterscheidung wird entwickelt in: *Donald E. Stokes* »Some Dynamic Elements of Contests for the Presidency«, in: The American Political Science Review, 60 (1966), S. 19–28.

16 *David Butler* and *Donald Stokes:* Political Change in Britain, London 1969, S. 189.

17 *Bernhard R. Berelson, Paul F. Lazarsfeld* and *William N. McPhee:* Voting, Chicago – London 1954, S. 216.

18 *Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller, Donald Stokes:* The American Voter, New York – London – Sidney 1960, S. 240–244.

19 Vgl. dazu: *Philip J. Stone* and *Richard Brody:* »Modeling opinion responsiveness to daily news: The public and Lyndon Johnson 1965–1968«, in: Social Science Information, IX (1970), S. 95–122. *Brody, Page* und *Stone* haben auf diesem Gebiet inzwischen weiter gearbeitet und einen ersten Entwurf zum Thema »The Impact of Events on Presidential Popularity« fertiggestellt. Vgl. auch: *C. A. E. Goodhart* and *R. J. Bhansali:* »Political Economy«, in: Political Studies, XVIII (1970), S. 43–106.

20 *David Butler* and *Donald Stokes:* Political Change in Britain, London 1969, S. 360.

21 *David Butler* and *Donald Stokes:* Political Change in Britain, London 1969, S. 341–358.

22 Das folgt daraus, daß »valence issues« eine unterschiedliche persönliche Bedeutung haben können. So kann etwa das Ziel »besserer Ausbildungsmöglichkeiten« durchaus von allen Bürgern befürwortet werden; vor die Wahl gestellt würden jedoch voraussichtlich ältere Bürger, »Alterssicherung« den »besseren Ausbildungsmöglichkeiten« vorzuziehen.

23 *Hans D. Klingemann* und *Franz Urban Pappi:* Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. November 1969, in: Politische Vierteljahresschrift, 11 (1970), S. 113.

24 Die Umfragen vom Juli 1961 und vom August 1964 wurden vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, zur Verfügung gestellt. Die Umfragen vom September/Oktober 1969 und vom Oktober 1972 wurden von *Franz Urban Pappi* und dem Verfasser im Auftrage des Instituts für politische Planung und Kybernetik, Bonn-Bad Godesberg, durchgeführt. Die Feldarbeit für die ersten drei Umfragen lag in den Händen des DIVO-Instituts, Frankfurt a. M., 1972 führte das MARPLAN-Institut, Offenbach a. M., die Feldarbeit durch. Die Daten aller vier Umfragen wurden zu einem integrierten Datensatz zusammengefaßt, der auch als SPSS- und OSIRIS-file zur Verfügung steht.

25 *Franz Urban Pappi* hat in diesem Zusammenhang auf Ansätze zu einer systematischeren Auswahl von issues aufmerksam gemacht. Vgl. dazu die relevante Diskussion in: *Edward O. Laumann* and *Franz Urban Pappi:* »New Directions in the Study of Elites«, in: American Sociological Review, 38 (1973) im Druck.

26 Die Umfrage Juli 1961 wurde im Rahmen der Kölner »Wahlstudie 1961« von *Gerhard Baumert, Erwin K. Scheuch* und *Rudolf Wildenmann* geplant und durchgeführt. Für die Vorwahluntersuchung zur Bundestagswahl 1965 vom August 1964 zeichnet *Rainer Wohlmann* verantwortlich.

27 Vgl. dazu auch den Bericht über analoge Erfahrungen von *Everett F. Cataldo, Richard M. Johnson, Lyman A. Kellstedt* und *Lester Milbrath:* »Card Sorting as a Technique für Survey Interviewing«, in: *Rudolf Wildenmann* (Hg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 2, München – Wien 1971, S. 407.

28 Vgl. für die USA: *Warren E. Miller:* »Voting and Foreign Policy«, in: *James Rosenau* (ed.): Domestic Sources of Foreign Policy, New York – London 1967, S. 213–230.
Daß indes dies nicht generell gilt, insbesondere für den Fall kriegerischer Verwicklungen, zeigen zum Beispiel: *J. T. Campbell* and *L. S. Cain:* »Public Opinion and the Outbreak of War«, in: Journal of Conflict Resolution, 9 (1965), S. 318–328. *Sidney Verba, Richard A. Brody, Edwin B. Parker, Norman H. Nie, Nelson W. Polsby, Paul Ekman,* and *Gordon S. Black:* »Public Opinion and the War in Vietnam«, in: The American Political Science Review, LXI (1967), S. 317–333.

29 Vgl. dazu: *Roger N. Shepard, A. Kimball Romney,* and *Sara Beth Nerlove* (eds.): Multidimensional Scaling. Theory und Applications in the Behavioral Sciences, vol. 1, New York – London 1972. Zur Analyse unserer Daten haben wir das Programm MDSCALE von OSIRIS II benutzt.

30 Wenn nicht anders vermerkt, haben wir uns bei der Datenanalyse stets des Programmsystems SPSS bedient.

31 Vgl. *David McFarland* and *Daniel Brown:* »Social Distance as a Metric. A Systematic Introduction to Smallest Space Analysis«, in: *Edward O. Laumann:* Bonds of Pluralism, New York 1973.

32 Vgl. *Joseph B. Kruskal:* »Multidimensional Scaling by Optimizing Goodness of Fit to a Nonmetric Hypothesis«, in: Psychometrika, 29 (1964), S. 3 ff.

33 *Joseph B. Kruskal:* »Multidimensional Scaling by Optimizing Goodness of Fit to a Nonmetric Hypothesis«, in: Psychometrika, 29 (1964), S. 3.

34 *Franz Urban Pappi:* »Sozialstruktur und soziale Schichtung in einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerung«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 25 (1973), im Druck.

35 *Ronald Inglehart:* »The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies«, in: The American Political Science Review, LXV (1971), S. 991–1017, und: *Ronald Inglehart:* »Changing Value Priorities and European Integration«, in: Journal of Common Market Studies, X, (1971), S. 1–36.

36 *Ronald Inglehart:* »The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies«, in: The American Political Science Review, LXV (1971), S. 991–992.

37 Vgl. zum Einfluß *Schillers* 1969: *Hans D. Klingemann* und *Franz Urban Pappi:* »Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969«, in: Politische Vierteljahresschrift, 11 (1970), S. 136. Siehe auch: *Max Kaase:* »Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969«, in: Politische Vierteljahresschrift, 11 (1970), S. 67–68.

38 Das ergeben nicht nur unsere eigenen Umfragen. Die Forschungsgruppe Wahlen am Institut für Sozialforschung der Universität Mannheim ermittelte z. B. auf die Frage: »Und wenn Sie jetzt einmal an die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel denken: stimmen Sie dieser Politik zu oder lehnen Sie sie ab?« einen Anteil von 60 Prozent Befürworter und 13 Prozent Gegner der Ostpolitik (Umfrage vom Oktober 1972). Für die Unterzeichnung des Grundvertrages waren 66 Prozent der Befragten, dagegen nur 20 Prozent (Umfrage vom Dezember 1972).

39 Umfragen des Instituts für politische Planung und Kybernetik, Bonn-Bad Godesberg. Vgl. auch Fußnote 24.

40 Eine Zusammenstellung der relevanten Ergebnisse findet sich bei: *David O. Sears:* »Political Behavior«, in: *Gardner Lindzey* and *Elliot Aronson* (eds.): The Handbook of Social Psychology. Second Edition, vol. 5, Reading/Massachusetts – Menlo Park/California – London – Don Mills/Ontario 1969, S. 315–458, insbesondere den Abschnitt: Partisanship in Political Information Processing, S. 337–348.

41 Dazu auch: *Thomas H. Wonnacott* and *Ronald J. Wonnacott:* Introductory Statistics, New York – London – Sydney, Toronto 1969, S. 249.

42 Diese Modellvorstellung, an deren Überprüfung durch kausale Analyse wir arbeiten, wurde beschrieben in: *Hans D. Klingemann* und *Franz Urban Pappi:* »Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969«, in: Politische Vierteljahresschrift, 11 (1970), S. 126 ff.; *Hans D. Klingemann* und *Franz Urban Pappi:* Politischer Radikalismus, München – Wien 1972, S. 113 ff.; *Hans D. Klingemann:* »Politische Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung?«, in: Politische Bildung, 5 (1972), S. 28.

TABELLENANHANG

Tabelle 1: Die persönliche Bedeutung ausgewählter politischer Probleme: 1961–1972

Politische Probleme	1972 $\bar{x}$	s	N	%	1969 $\bar{x}$	s	N	%	1964 $\bar{x}$	s	N	%	1961 $\bar{x}$	s	N	%
Sicherung der Preise	8,8	2,5	1519	= 95,7	8,9	2,3	739	= 96,5	9,0	2,2	2776	= 96,8	8,7	2,2	1397	= 94,2
Alterssicherung	8,4	2,6	1497	= 94,3	8,5	2,55	736	= 96,1	8,3	2,5	2778	= 96,9	8,5	2,4	1398	= 94,3
Sauberkeit im Staat	7,7	2,9	1476	= 92,9	8,2	2,54	727	= 94,9	7,7	2,8	2739	= 95,5	7,6	3,02	1383	= 93,3
Steuersenkung	7,0	3,2	1431	= 90,1	7,6	2,84	737	= 96,2	7,26	3,0	2758	= 96,2	7,5	2,996	1385	= 93,4
Wiedervereinigung Deutschlands	6,63	3,4	1440	= 90,7	7,1	3,14	733	= 95,7	8,4	2,7	2766	= 96,4	8,4	2,7	1393	= 93,9
Bessere Ausbildungsmöglichkeiten	6,56	3,3	1484	= 93,5	7,18	3,0	734	= 95,8	5,5	3,3	2749	= 95,9	5,9	3,5	1380	= 93,1
Gutes Verhältnis zu den USA	6,3	3,0	1466	= 92,3	7,0	2,76	736	= 96,1	7,0	2,9	2758	= 96,2	7,1	2,972	1387	= 93,5
Besseres Verhältnis zur Sowjetunion	6,2	3,1	1457	= 91,8	6,3	2,9	731	= 95,4	6,7	3,1	2736	= 95,4	6,5	3,3	1379	= 93,0
Sicherung vor russischem Angriff	6,0	3,6	1373	= 86,5	7,25	3,12	715	= 93,3	7,30	3,2	2730	= 95,2	7,9	2,98	1381	= 93,1

Anmerkung: Der Grad der persönlichen Bedeutung der ausgewählten politischen Probleme wird auf einer Skala mit Werten von 0 (»Gar keine Bedeutung«) bis 10 (»Von größter Bedeutung«) ausgedrückt.
Bedeutung der Symbole: $\bar{x}$ = arithmetisches Mittel, s = Standardabweichung, N = Fallzahl.

Tabelle 2: Die durchschnittliche persönliche Bedeutung ausgewählter politischer Probleme: 1961–1972 Index »Issue-Bedeutung«

	1972	1969	1964	1961
$\bar{x}$	71,4	75,3	74,7	75,7
s	19,8	17,9	18,5	18,0
N	1537	744	2787	1412
	= 96,8%	= 97,1%	= 97,2%	= 95,2%

Anmerkung: Der Index »Issue-Bedeutung« wurde definiert als die Summe der Höhe der Einstufungen der persönlichen Bedeutung von bis zu neun ausgewählten politischen Problemen, dividiert durch die Anzahl der eingestuften politischen Probleme. Der Index kann Werte von 0 bis 100 annehmen.
Bedeutung der Symbole: $\bar{x}$ = Arithmetisches Mittel, s = Standardabweichung, N = Fallzahl.

Tabelle 3: Die Entwicklung der Streß-Koeffizienten bei systematischer Verminderung der Dimensionalität des Bedeutungsraumes ausgewählter politischer Probleme: 1961–1972

Zeitpunkt der Datenerhebung	Anzahl der Dimensionen der Zielkonfiguration 1	2	3	4	5	6	7
1972	.369	.051	.021	.009	.010	.009	.005
1969	.201	.046	.010	.010	.009	.010	.005
1964	.333	.041	.017	.010	.009	.006	.009
1961	.269	.054	.017	.010	.010	.010	.010

Anmerkung: Zelleneingänge sind Streß-Koeffizienten. Die Maßzahl wird im Text erläutert.

Tabelle 4: Die Verbindung »Issue-Politische Partei« im Hinblick auf neun ausgewählte politische Probleme: 1961–1972 (Befragte, die das Problem nach der persönlichen Bedeutung eingestuft haben = 100%)

Politische Probleme	1972		1969		1964		1961	
	%	N	%	N	%	N	%	N
Sicherung der Preise	74,5	1519 = 95,7%	93,6	739 = 96,5%	90,2	2776 = 96,8%	87,0	1397 = 94,2%
Alterssicherung	83,0	1497 = 94,3%	94,4	736 = 96,1%	92,2	2778 = 96,9%	88,8	1398 = 94,3%
Bessere Ausbildungsmöglichkeiten	78,0	1484 = 93,5%	92,1	734 = 95,8%	89,6	2749 = 95,9%	84,3	1380 = 93,1%
Sauberkeit im Staat	69,6	1476 = 92,9%	90,6	727 = 94,9%	86,5	2739 = 95,5%	80,8	1383 = 93,3%
Gutes Verhältnis zu den USA	80,8	1466 = 92,3%	94,0	736 = 96,1%	91,2	2758 = 96,2%	87,7	1387 = 93,5%
Besseres Verhältnis zur Sowjetunion	84,6	1457 = 91,8%	92,7	731 = 95,4%	89,4	2736 = 95,4%	84,6	1379 = 93,0%
Wiedervereinigung Deutschlands	71,5	1440 = 90,7%	90,2	733 = 95,7%	85,3	2766 = 96,4%	82,3	1393 = 93,9%
Steuersenkung	58,0	1431 = 90,1%	90,8	737 = 96,2%	89,7	2758 = 96,2%	85,5	1385 = 93,4%
Sicherung vor russischem Angriff	65,9	1373 = 65,9%	89,8	715 = 93,3%	86,6	2730 = 95,2%	82,7	1381 = 93,1%

Tabelle 5: Die Perzeption von Issue-Kompetenz im Hinblick auf ausgewählte politische Probleme bei Befragten mit SPD-, CDU/CSU- und FDP-Wahlabsicht: 1961–1972

Politische Probleme/ Grad der Übereinstimmung	1972			1969			1964			1961		
	SPD (N = 669) %	FDP (N = 124) %	CDU/ CSU (N = 523) %	SPD (N = 301) %	FDP (N = 27) %	CDU/ CSU (N = 306) %	SPD (N = 1131) %	FDP (N = 146) %	CDU/ CSU (N = 1113) %	SPD (N = 438) %	FDP (N = 66) %	CDU/ CSU (N = 636) %
Sicherung der Preise												
Präferierte Partei ist kompetent	57,4	15,3	80,5	81,7	7,4	55,9	77,4	35,6	69,0	76,0	x	67,8
SPD, CDU/CSU oder FDP sind nicht kompetent	25,0	23,4	12,8	5,0	14,8	3,9	4,8	4,8	9,7	8,7	15,2	9,0
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	14,7	60,5	3,3	10,6	74,1	35,9	15,3	58,9	19,4	11,9	81,8	20,1
Keine Angabe	3,0	0,8	3,3	2,7	3,7	4,3	2,6	0,7	1,9	3,4	3,0	3,1
Alterssicherung												
Präferierte Partei ist kompetent	77,6	12,1	74,2	81,4	3,7	56,9	82,6	19,9	66,8	77,9	x	69,0
SPD, CDU/CSU oder FDP sind nicht kompetent	8,2	14,5	13,2	4,3	7,4	3,6	3,6	1,4	7,5	7,5	13,6	7,9
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	9,2	71,8	8,6	11,3	85,2	34,6	11,8	78,1	23,5	12,3	83,3	19,8
Keine Angabe	4,9	1,6	4,0	3,0	3,7	4,9	2,0	0,7	2,2	2,3	3,0	3,3
Sauberkeit im Staat												
Präferierte Partei ist kompetent	57,0	19,4	64,4	65,1	7,4	64,0	67,8	51,4	70,6	56,4	x	74,5
SPD, CDU/CSU oder FDP sind nicht kompetent	23,2	29,8	24,3	8,0	11,1	6,5	8,1	5,5	13,1	16,0	18,2	14,3
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	13,9	47,6	6,3	22,9	77,8	23,5	20,2	42,5	13,2	24,2	78,8	7,4
Keine Angabe	6,0	3,2	5,0	4,0	3,7	6,0	3,8	0,7	3,1	3,4	3,0	3,8

(Fortsetzung Tab. 5)

Politische Probleme/ Grad der Übereinstimmung	1972 SPD (N = 669) %	FDP (N = 124) %	CDU/ CSU (N = 523) %	1969 SPD (N = 301) %	FDP (N = 27) %	CDU/ CSU (N = 306) %	1964 SPD (N = 1131) %	FDP (N = 146) %	CDU/ CSU (N = 1113) %	1961 SPD (N = 438) %	FDP (N = 66) %	CDU/ CSU (N = 636) %
Steuersenkung												
Präferierte Partei ist kompetent	46,9	13,7	53,2	79,7	7,4	40,2	71,3	36,3	59,3	73,1	x	59,4
SPD, CDU/CSU oder FDP sind nicht kompetent	35,7	38,7	33,1	6,6	11,1	8,2	5,7	6,8	9,1	7,8	16,7	11,9
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	10,6	42,0	3,7	11,0	77,8	47,4	19,9	54,8	29,0	15,5	81,8	24,2
Keine Angabe	6,7	5,6	10,1	2,7	3,7	4,2	3,0	2,1	2,6	3,7	1,5	4,4
Wiedervereinigung Deutschlands												
Präferierte Partei ist kompetent	66,8	6,5	40,5	67,4	7,4	48,4	66,2	55,5	63,7	69,2	x	65,1
SPD, CDU/CSU oder FDP sind nicht kompetent	18,8	28,2	27,3	8,6	–	8,2	10,0	9,6	13,5	12,8	12,1	15,1
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	6,9	59,7	24,8	20,9	88,9	38,6	21,3	34,2	20,2	14,4	84,8	16,4
Keine Angabe	7,5	5,6	7,3	3,1	3,7	4,8	2,5	0,7	2,6	3,7	3,0	3,5
Bessere Ausbildungsmöglichkeiten												
Präferierte Partei ist kompetent	77,0	16,9	51,6	75,1	7,4	47,0	56,0	34,9	68,1	43,6	x	77,4
SPD, CDU/CSU oder FDP sind nicht kompetent	10,8	9,7	23,7	5,0	–	7,8	5,9	4,1	9,8	12,3	10,6	11,2
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	8,9	71,8	18,5	16,9	88,9	40,8	35,4	59,6	18,4	40,9	84,9	7,1
Keine Angabe	3,3	1,6	6,1	3,0	3,7	4,4	2,7	1,4	3,7	3,2	4,5	4,4

(Fortsetzung Tab. 5)

Politische Probleme/ Grad der Übereinstimmung	1972			1969			1964			1961		
	SPD (N = 669) %	FDP (N = 124) %	CDU/ CSU (N = 523) %	SPD (N = 301) %	FDP (N = 27) %	CDU/ CSU (N = 306) %	SPD (N = 1131) %	FDP (N = 146) %	CDU/ CSU (N = 1113) %	SPD (N = 438) %	FDP (N = 66) %	CDU/ CSU (N = 636) %
Gutes Verhältnis zu den USA												
Präferierte Partei ist kompetent	58,0	11,3	73,6	50,8	–	78,4	33,1	16,4	86,3	30,4	x	85,2
SPD, CDU/CSU oder FDP sind nicht kompetent	13,0	18,5	14,1	5,3	3,7	3,6	5,7	4,1	7,5	11,0	4,5	8,6
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	23,2	67,7	7,1	40,2	92,6	13,7	58,4	78,1	3,6	55,0	92,4	2,4
Keine Angabe	5,8	2,4	5,2	3,7	3,7	4,3	2,9	1,4	2,6	3,7	3,0	3,8
Besseres Verhältnis zur Sowjetunion												
Präferierte Partei ist kompetent	86,1	12,9	26,6	79,1	7,4	25,5	62,9	39,7	59,7	73,3	x	55,2
SPD, CDU/CSU oder FPD sind nicht kompetent	4,9	8,1	17,6	5,3	–	6,2	6,6	4,8	9,5	9,8	15,2	12,1
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	3,7	79,0	48,6	12,0	88,9	63,1	27,3	54,1	27,1	13,0	80,3	28,8
Keine Angabe	5,2	–	7,3	3,6	3,7	5,2	3,3	1,4	3,8	3,9	4,5	3,9
Sicherung vor russischem Angriff												
Präferierte Partei ist kompetent	54,9	2,4	48,0	57,5	3,7	61,4	44,3	24,0	76,7	49,1	x	74,7
SPD, CDU/CSU oder FDP sind nicht kompetent	25,4	35,5	26,8	8,0	14,8	6,5	10,2	8,9	11,3	13,7	13,6	13,8
Eine andere als die präferierte Partei ist kompetent	7,8	50,8	15,1	28,6	77,8	25,5	42,0	65,7	8,3	32,6	83,4	6,9
Keine Angabe	12,0	11,3	10,1	5,9	3,7	6,6	3,5	1,4	3,7	4,6	3,0	4,6

Tabelle 6: Die Einschätzung der Fähigkeiten von SPD, CDU/CSU und FDP im Hinblick auf die Realisierung ausgewählter politischer Ziele: 1961–1972
Index »Issue-Kompetenz«

	1972			1969			1964			1961		
	SPD %	FDP %	CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	CDU/ CSU %
x	41,2	2,6	29,1	44,0	1,9	29,8	32,4	4,0	38,2	30,2	x	46,4
s	32,4	8,5	32,3	29,6	5,3	26,8	28,7	10,6	28,1	28,4	x	29,5
g_1	0,24	5,37	0,75	0,12	4,57	0,60	0,58	4,34	0,36	0,71	x	0,03
N	1424			713			2623			1298		
	= 89,7%			= 93,1%			= 91,5%			= 87,5%		

Anmerkung: Die Bildung des Index »Issue-Kompetenz« wird im Text beschrieben. Der Index kann Werte von 0 bis 100 annehmen.
Bedeutung der Symbole: s = Standardabweichung, g_1 = Schiefe der Verteilung, N = Fallzahl.

Tabelle 7: Issue-Kompetenz der SPD und Wahlabsicht SPD: 1961–1972

		Kompetenz-Scores Hoch 100–81	80–61	60–41	40–21	20–1	Niedrig 0	Insgesamt
Wahlabsicht SPD 1972	%	89,1	86,2	70,3	38,6	12,4	4,7	49,0
	N	(211)	(217)	(202)	(220)	(225)	(234)	(1309)
Wahlabsicht SPD 1969	%	82,2	71,0	48,8	26,8	19,6	6,3	44,7
	N	(90)	(124)	(131)	(123)	(102)	(63)	(633)
Wahlabsicht SPD 1964	%	95,3	92,0	77,8	41,6	14,9	4,5	44,5
	N	(190)	(289)	(437)	(464)	(523)	(529)	(2432)
Wahlabsicht SPD 1961	%	93,7	85,0	69,1	31,0	9,2	2,0	35,2
	N	(80)	(127)	(181)	(232)	(229)	(307)	(1156)

Anmerkung: Die Bildung des Index »Issue-Kompetenz« wird im Text beschrieben. Der Index kann Werte von 0 bis 100 annehmen. Zelleneingänge sind die Prozentanteile der Befragten mit SPD-Wahlabsicht.

Tabelle 8: Issue-Kompetenz der CDU/CSU und Wahlabsicht CDU/CSU: 1961–1972

		Kompetenz-Scores Hoch 100–81	80–61	60–41	40–21	20–1	Niedrig 0	Insgesamt
Wahlabsicht CDU/CSU 1972	%	91,1	92,1	78,3	43,8	14,6	1,2	37,1
	N	(124)	(164)	(152)	(146)	(226)	(497)	(1309)
Wahlabsicht CDU/CSU 1969	%	83,3	85,5	78,1	49,2	28,4	9,3	45,8
	N	(30)	(69)	(114)	(128)	(141)	(151)	(633)
Wahlabsicht CDU/CSU 1964	%	89,1	82,4	60,8	33,9	10,3	1,9	42,7
	N	(229)	(364)	(475)	(558)	(493)	(313)	(2432)
Wahlabsicht CDU/CSU 1961	%	87,8	78,4	64,0	33,6	8,2	1,6	50,6
	N	(180)	(236)	(236)	(229)	(147)	(128)	(1156)

Anmerkung: Die Bildung des Index »Issue-Kompetenz« wird im Text beschrieben. Der Index kann Werte von 0 bis 100 annehmen. Zelleneingänge sind die Prozentanteile der Befragten mit CDU/CSU-Wahlabsicht.

Tabelle 9: Der Anteil erklärter Varianz der Wahlabsicht für SPD und CDU/CSU durch die Variablen Issue-Kompetenz, Parteisympathie und Sympathie für den Kanzlerkandidaten: 1961–1972

Zeitpunkt	Abhängige Variablen	Issue-Kompetenz R^2	Parteisympathie R^2	Sympathie für Kanzlerkandidaten R^2	Issue-Kompetenz, Parteisympathie und Sympathie für Kanzlerkandidaten R^2
1961	SPD vs. Nicht-SPD	.483	.377	.181	.581
	CDU/CSU vs. Nicht-CDU/CSU	.381	.335	.263	.486
1964	SPD vs. Nicht-SPD	.469	.338	.162	.561
	CDU/CSU vs. Nicht-CDU/CSU	.397	.260	.115	.493
1969	SPD vs. Nicht-SPD	.257	.312	.209	.464
	CDU/CSU vs. Nicht-CDU/CSU	.327	.264	.393	.533
1972	SPD vs. Nicht-SPD	.448	.373	.323	.511
	CDU/CSU vs. Nicht-CDU/CSU	.582	.461	.402	.688

Anmerkung: Zelleneingänge sind R^2 der einfachen und multiplen Regression von Wahlabsicht mit Issue-Kompetenz, Parteisympathie und Sympathie für Kanzlerkandidaten.